

# Newsletter | 04.2011

Patrick Humke | Abgeordnetenbüro Göttingen | Kreisverband Göttingen

[WWW.PATRICK-HUMKE-FOCKS.DE](http://WWW.PATRICK-HUMKE-FOCKS.DE) | [WWW.LINKSFRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE](http://WWW.LINKSFRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE) | [WWW.DIE-LINKE-GOETTINGEN.DE](http://WWW.DIE-LINKE-GOETTINGEN.DE)

[WWW.DIE-LINKE.DE](http://WWW.DIE-LINKE.DE) | [WWW.LINKSFRAKTION.DE](http://WWW.LINKSFRAKTION.DE) | [WWW.DIELINKE-NDS.DE](http://WWW.DIELINKE-NDS.DE) | [WWW.DIELINKE-EUROPA.EU](http://WWW.DIELINKE-EUROPA.EU) | [WWW.SABINE-LOESING.DE](http://WWW.SABINE-LOESING.DE)

---

*Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich sollte schon längst ein neuer Newsletter erscheinen. Diverse Umstände haben das allerdings leider verzögert. Insbesondere der Umzug der Abgeordnetenbüros von Patrick Humke und Sabine Lösing von der Oberen-Masch-Straße in die Lange-Geismar-Str.2 hatte daran großen Anteil. Zuletzt haben sich Patrick und ich (Matthias) beim Landtags-Fußballturnier beide verletzt und mussten jeweils einige Tage in der Horizontalen verbringen. Patrick erlitt einen Achillessehnenriss, der operiert werden musste und ihn noch einige Zeit außer Gefecht setzen wird.*

*Trotzdem haben wir uns bemüht alles Wichtige, das seit Erscheinen des letzten Newsletters (insbesondere auch im Landtag) geschehen ist, hier zu dokumentieren.*

*Beiträge, die uns erreichten, sind leider nicht sämtlich aktuell. Wir wollten jedoch im Einzelfall auf eine Veröffentlichung nicht verzichten.*

*Viel Spaß beim Durchstöbern und Lesen.*

*Eure Redaktion*

*(Patrick Humke, Matthias Voigt, Kreissprecher\_innenrat, Fraktionsbüros)*

*Die Redaktion erreichst Du unter [newsletter@patrick-humke.de](mailto:newsletter@patrick-humke.de)*

*Über diese Adresse kann der Newsletter auch bestellt werden.*

## Inhaltsverzeichnis

### **Telegramm**

### **Aktionen und Kampagnen**

### **Aus dem Landtag**

### **Pressemitteilungen Patrick Humke**

### **Neues aus Südniedersachsen**

Hartz-IV Kompromiss ein Skandal!

DIE LINKE: Kommunalwahl im Blick

Wie geht es weiter im aufgelösten KV Holzminden?

Leserbrief zum Artikel „Neuer Rekord bei Hartz-IV-Missbrauch“

Badeland Uslar

### **Infos aus dem Kreisverband Göttingen**

Was planen wir im Wahlkampf

### **Weitere Termine**

### **Aus dem Rat der Stadt Göttingen**

11.03.2011 Rede von Thorsten Wucherpfeffig. GÖLINKE

GÖLINKE. Ratsfraktion: Vorkehrungen zur Aufnahme von Flüchtlingen treffen

Haushaltsrede 2011 von Patrick Humke

### **Aus dem Kreistag**

LINKE begrüßen Urteil des Verwaltungsgerichts zur Kindertagespflegebörse

DIE LINKE lehnt Regionsbildung ab

### **Anlage | Beiträge**

Atomausstieg selber machen?

Der Schwindel vom „Jobwunder“ und dem Aufschwung für Alle

Zur Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen in der Linken

# TELEGRAMM

## Zur Zukunft des ländlichen Raumes

Rede von Marianne König auf der Konferenz am 9. April 2011 in Verden

[http://www.linksfraktion-niedersachsen.de/politik/interventionen/zur\\_zukunft\\_des\\_laendlichen\\_raumes/](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de/politik/interventionen/zur_zukunft_des_laendlichen_raumes/)

## Info-Flugblatt "AKW abschalten!"

Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima: Es reicht!

**Atomkraftwerke abschalten**  
- unverzüglich und unumkehrbar!

## Reichtumsuhr

Unter <http://www.patrick-humke.de/politik/soziales/>

Nettoprivatvermögen in Deutschland - Das reichste Zehntel besitzt davon ... - Das ärmste Zehntel besitzt ...

## Rundbrief 4/ April 2011



## Neue Haushaltsbroschüre

<http://www.patrick-humke.de/fileadmin/humkefocks/flyer/haushaltsbroschuere2011.pdf>

## Aktionen und Kampagnen

### Liquid Democracy

Ab sofort haben Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der LINKEN die Möglichkeit, sich auf der Plattform [Liquid Democracy](http://www.patrick-humke.de/liquid) (LIQD) an der "Elektronischen Programmdebatte" der LINKEN beteiligen. Es können Vorschläge eingebracht und diskutiert werden, die nach Abschluss der Debatte von der Redaktionskommission aufgegriffen werden. Eine umfangreiche Dokumentation und ein Handbuch (PDF)

helfen dabei, sich in die neue Technologie hineinzufinden. Beiträge zur Programmdebatte, die auf "klassischem" Wege, also per eMail oder per Brief, eingereicht werden, werden auch weiterhin als "Wortmeldungen" im Internet dokumentiert werden.

## **Aus dem Landtag**

### **Anfragen und Anträge**

#### **Aus dem Sozialreferat**

Anlage 14 **18.02.2011**(Sitzungsprotokoll S. 12667), Mündliche Anfrage:  
**Gesundheitsgefährlicher Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei bei einer Demonstration in Göttingen**

Anlage 55 **18.02.2011**(Sitzungsprotokoll S. 12727), Mündliche Anfrage:  
**Neonaziaktivitäten in der Gemeinde Oyten (Landkreis Verden)**

**Drs. 16/3349** 05.01.2011, Kleine Anfrage:  
**Veränderungen im Jugendarbeitsschutzgesetz**

#### **Plenum Februar 2011**

*Die unten angegebenen Drucksachen (Drs.) zu den Anträgen und Anfragen sind unter folgendem Link zu erreichen: [http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen\\_wp\\_16/](http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen_wp_16/)*

**Tauziehen um die Mindestsicherung - Viel Wahlkampfgetöse und kein verfassungskonformes Ergebnis in Sicht**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3338

**Ist der Finanzplan für den Libeskindbau auf Sand gebaut?**

Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3339

**Streikrecht für Beamte europarechtskonform gestalten**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3300 Der Antrag wurde in erster Beratung behandelt.  
Ausschussüberweisung: AfluS (f), AfRuV

**Niedersächsische Armuts- und Reichtumsberichterstattung quantitativ und qualitativ ausbauen - Armutsbekämpfung und Armutsprävention erfolgreich etablieren**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2173 Beschlussempfehlung AfSFFGuL - Drs. 16/3316

**Geschlossenes Heim für Kinder und Jugendliche schließen - pädagogische Betreuung sogenannter Problemkinder unter der Maßgabe „Hilfe statt Strafe“ weiter ausbauen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3301 Der Antrag wurde in erster Beratung behandelt.  
Ausschussüberweisung: AfSFFGuL (f), AfHuF

#### **Plenum März 2011**

*Die unten angegebenen Drucksachen (Drs.) zu den Anträgen und Anfragen sind unter folgendem Link zu erreichen: [http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen\\_wp\\_16/](http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen_wp_16/)*

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Schulstruktur in Niedersachsen**

*Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/3155 Beschlussempfehlung KultA - Drs. 16/3405 Nr. 1 Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/3447 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3455*

Die Änderungsanträge der Fraktion der SPD -Drs. 16/3447 - und der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3455 - wurden abgelehnt.

**und**

**Schullandschaft neu gestalten - Vorfahrt für den Elternwillen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2766 Beschlussempfehlung KultA - Drs. 16/3405 Nr. 3

Der Antrag wurde abgelehnt.

**Gute Arbeit in Europa stärken - Den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland am 1. Mai 2011 einführen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3212 Beschlussempfehlung AfWAuV - Drs. 16/3372

**und**

**Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 für die EU-Beitrittsstaaten - ohne Mindestlöhne droht Lohndumping**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/3226 Beschlussempfehlung AfWAuV - Drs. 16/3372

Die Anträge wurden in abschließender Beratung behandelt.

Sie wurden abgelehnt.

**Harrisburg - Tschernobyl - Fukushima: Daraus lernen heißt unverzüglicher, unumkehrbarer Ausstieg!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3450

**Privatisierung der vom LSKN wahrgenommenen IT-Arbeitsplatzbetreuung unverzüglich stoppen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3302 Beschlussempfehlung AfluS - Drs. 16/3379

Der Antrag wurde in abschließender Beratung behandelt. Er wurde abgelehnt.

**JA zu einem gemeinsamen, solidarischen und friedlichen Europa - NEIN zur Ermächtigung zu Eingriffen in die Haushaltshoheit von EU-Staaten und zum marktradikalen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3406

Der Antrag wurde in erster Beratung behandelt. Ausschussüberweisung: AfWAuV (f), AfBuEuM, AfHuF

## **Plenum April 2011**

*Die unten angegebenen Drucksachen (Drs.) zu den Anträgen und Anfragen sind unter folgendem Link zu erreichen: [http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen\\_wp\\_16/](http://www.landtag-niedersachsen.de/drucksachen_wp_16/)*

**Die Lehren aus dem niedersächsischen Landespflegebericht 2010 ziehen: Wie will die Landesregierung den Abbau in der Kurzzeitpflege stoppen, dem Fachkräftemangel effektiv entgegenwirken und eine vollständige Flächenversorgung sicherstellen?**

Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3518

**25 Jahre Tschernobyl, Fukushima heute: Niedersächsische Atomkraftwerke „abschalten“, erneuerbare Energien und Energieeffizienz „einschalten“**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3514

Der Antrag wurde in erster Beratung behandelt. Ausschussüberweisung: AfUuK (f), AfHuF

**Niedersachsens Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3517

Der Antrag wird im 35. Tagungsabschnitt im Mai 2011 behandelt.

**Wahlfreiheit und Verbraucherschutz durch verbesserte Kennzeichnung**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3516

Der Antrag wurde in erster Beratung behandelt. Ausschussüberweisung: AfELVuL

**Wann setzt die Landesregierung den Landtagsbeschluss zur Beschäftigungs- und Standortsicherung bei Alstom Salzgitter um? - Aktive Industriepolitik ist notwendig!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3537

**Beschäftigungs- und Standortsicherung bei der ALSTOM Transport Deutschland GmbH in Salzgitter**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3378

Der Antrag wurde in erster und zweiter Beratung behandelt. Er wurde unverändert angenommen.

**Klagewelle gegen die Firma Energieversorgung Weser Ems AG (EWE) und ihre Auswirkungen**

Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3407

## **Reden von Patrick Humke im Landtag**

*17. März 2011*

**Rede und Redebeiträge zum Thema: "Pflegepakt Niedersachsen - Gute Pflege für alle - Wertvolle Pflege sichern"**

*15. März 2011*

**Rede zum Gesetzentwurf zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz**

*15. März 2011*

**Rede zum Thema: "Sexuellen Missbrauch an Kindern verhindern - Charité-Präventionsprojekt 'Dunkelfeld' als einen Baustein in der Präventionsarbeit auch in Niedersachsen etablieren"**

*18. Februar 2011*

**Rede und Redebeitrag zum Thema: "Geschlossenes Heim für Kinder und Jugendliche schließen - pädagogische Betreuung sogenannter Problemkinder unter der Maßgabe 'Hilfe statt Strafe' weiter ausbauen"**

*18. Februar 2011*

**Rede und Redebeitrag zum Thema: "Niedersächsische Armuts- und Reichtumsberichterstattung quantitativ und qualitativ ausbauen - Armutsbekämpfung und Armutsprävention erfolgreich etablieren"**

*18. Februar 2011*

**Rede zum Thema: "Suizid im Alter: Früherkennung und Prävention stärken - Landesprogramm auflegen"**

*18. Februar 2011*

**Rede zum Thema: "Der demografische Wandel erfordert eine andere Politik: Fachkräftemangel in der Pflege begegnen"**

*16. Februar 2011*

**Rede zum Thema: „Tauziehen um die Mindestsicherung - Viel Wahlkampfgetöse und kein verfassungskonformes Ergebnis in Sicht“**

*20. Januar 2011*

**Rede zum Thema: "Gute Pflege für alle - wertvolle Pflege sichern - die Altenpflegeausbildung stärken"**

*20. Januar 2011*

**Rede zum Thema: "Mehrgenerationenhäuser für die Zukunft absichern!"**

*19. Januar 2011*

**Rede zum Thema: "Fortschritt und Fairness auch für Hartz-IV-Empfänger - Regelsätze erhöhen!"**

## **Pressemitteilungen von Patrick Humke**

Wortlaut unter <http://www.patrick-humke.de/presse/aktuell/> bzw. im Archiv <http://www.patrick-humke.de/presse/archiv/2011/>

**Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) hat vorgeschlagen, das Geld aus dem Bildungspaket für Kinder von Hartz-IV-Empfängern bar auszuzahlen - 26. April 2011**

**DIE LINKE reagiert auf Spekulationsverluste in Göttingen - Hochschulen soll das Spekulieren an der Börse verboten werden - 14. Januar 2011**

**DIE LINKE: Landesregierung gefährdet Existenz und Arbeit der Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen! - 20. Januar 2011**

**Der Studierendenverband die Linke.SDS und die Abgeordneten der LINKEN Sabine Lösing ( MdEP ) und Patrick Humke ( MdL ) verurteilen den gewalttätigen Polizeieinsatz gegen eine friedliche Demonstration - Göttingen 22. Januar 2011**

**Ministerin Özkan schmückt sich mit Vorzeigeprojekten und verdeckt damit sozialpolitische Missstände - 25. Januar 2011**

**Kinderheim in Lohne muss geschlossen werden! - 28. Januar 2011**

**Optionskommunen bringen keine messbaren Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - 1. Februar 2011**

**DIE LINKE stellt Anfrage zu Demonstration in Göttingen - Pfeffersprayeinsatz der Polizei beschäftigt Landtag - 4. Februar 2011**

**DIE LINKE zum morgigen Tag der Kinderhospizarbeit: Land muss Einrichtung in Syke stärker unterstützen! - 9. Februar 2011**

**Wirtschaftsminister Bode macht als Ländervertreter Wahlkampf auf Kosten der Hartz-IV-Empfänger - 9. Februar 2011**

**Heim für Kinder in Lohne muss schließen - Fraktion bringt Entschließungsantrag in den Landtag ein - 11. Februar 2011**

**DIE LINKE zum morgigen Kinderkrebstag - Fälle in der Elbmarsch müssen aufgeklärt werden! - 14. Februar 2011**

**Hartz-IV-Parteien setzen Verfassungsbruch fort - Leistungsempfänger sollten erneut klagen - 21. Februar 2011**

**Innenministerium verharmlost Einsatz von Pfefferspray - 28. Februar 2011**

**Lohndumping in der häuslichen Pflege verhindern - Pläne der Caritas sind der falsche Weg - 1. März 2011**

**Linke wollen CDU-Landrätin verhindern - Göttingen, 03.03.11**

**Pflegende Angehörige dürfen nicht allein gelassen werden - Land muss Kürzungen in der Kurzzeitpflege zurücknehmen! - 11. März 2011**

**Arm sein heißt, im Alter schneller krank zu werden - Ministerin Özkan muss Konsequenzen aus dem Report über Alter und Gesundheit ziehen - 22. März 2011**

**Fraktion vor Ort – Wahlkreistour von Patrick Humke - Veranstaltung mit Jutta Krellmann (MdB) zu Leiharbeit / Mindestlohn - Göttingen, 24. März 2011**

**Landespflegebericht zeigt Versäumnisse der Regierung**

**Angemessene Entlohnung von Pflegeberufen und solidarische Bürgerversicherung sind notwendig - 30. März 2011**

**GÖLINKE. Ratsfraktion: Vorkehrungen zur Aufnahme von Flüchtlingen treffen - 7. April 2011**

**Landesregierung muss Konsequenzen aus dem Landespflegebericht ziehen - Fraktion bringt das Thema in die Landtagssitzung ein - 11. April 2011**

**Niedersächsische Sozialgerichte überlastet - Fehlerhafte Hartz-IV-Bescheide sind Regel, nicht Ausnahme - 20. April 2011**

## **Neues aus Südniedersachsen**

### **Hartz-IV Kompromiss ein Skandal!**

Das Ergebnis ist ein Hohn. Alle Hartz-IV-Parteien haben sich mit den statistischen Forschungen der Arbeitsministerin abgefunden und die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ignoriert. Die willkürliche Veränderung der Berechnungsgrundlagen, um den Sparvorgaben des Finanzministers gerecht zu werden, dies ist verfassungswidrig. Es ist ein Skandal!

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, äußerte sich wie folgt: „Das Ergebnis ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und ein Affront gegen • er dem Bundesverfassungsgericht“ Das die SPD nicht nur den Kompromiss mit geschlossen hat, nein, dass sie ihn jetzt als Erfolg verkaufen will, erinnert an die Zeit wo rot/grün diese unsoziale Gesetzgebung einbrachte. Sie trägt diesen oberfaulen Kompromiss zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Kinder mit, das liegt in ihrer Hartz-IV-Logik, von der sie bis heute nicht Abstand genommen hat.

DIE LINKE wird alle juristischen Möglichkeiten nutzen, um dem im Grundgesetz verankerten Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum Geltung zu verschaffen.

Carl Otto Bleichert

DIE LINKE Ortsverband Bad Gandersheim/Kreiensen

### **DIE LINKE: Kommunalwahl im Blick**

Vor einigen Wochen fand der erste „Ratschlag von unten“ des Ortsverbandes DIE LINKE Bad Gandersheim/Kreiensen statt. Hierzu waren Mitglieder, Sympathisanten und interessierte Bürgerinnen und Bürger erschienen, um zu beraten welche programmatischen Ziele DIE LINKE vor Ort bei den Kommunalwahlen vertreten wird. Zuerst gab der Ratsherr Carlo Bleichert – er ist seit der Kommunalwahl 2006 als Mitglied der Linken im Bad Gandersheimer Rat – einen kurzen Rückblick über seine bisherige Ratsarbeit. Hierauf will DIE LINKE aufbauen. Danach erfolgte ein Austausch von Ideen, die in das Kommunalwahlprogramm 2011 aufgenommen werden sollen. Carl O. Bleichert erklärte im nach hinein: „Über die Ideen die an uns herangetragen wurden habe ich mich gefreut. Gemeinsamkeit ist die Kraft der Linken, insbesondere parlamentarisch und außerparlamentarisch, ob im Bund, im Land und in der Kommune. Der „Ratschlag von unten“ war ein Erfolg. Es werden weitere in dieser Art folgen, ehe das Kommunalwahlprogramm zur diesjährigen Kommunalwahl zu Papier gebracht wird.“ Jürgen Otto, Mitglied des Sprecherrates des Ortsverbandes DIE LINKE Bad Gandersheim/Kreiensen ergänzte: „Beim nächsten Ratschlag wird Victor Perli (MdL) am Ratschlag teilnehmen. Perli ist jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im niedersächsischen Landtag.“ Der Termin und der Veranstaltungsort wird in Kürze bekannt gegeben werden.

## Wie geht es weiter im aufgelösten KV Holzminden?

Seit der ersten Mitgliederversammlung nach der Auflösung des Kreisverbandes im Januar haben wir versucht, neue Strukturen zu zimmern. Alle vom ehemaligen Vorsitzenden in die Partei geholten Männer und Frauen sind inzwischen ausgetreten, so dass wir mit dem kleinen verbliebenen Teil, der trotz der Vorfälle in der Partei geblieben ist, versuchen, das in Holzminden entstandene Misstrauen gegen die LINKE durch positives Auftreten zu bekämpfen. So haben wir in den zwei Monaten seit Januar einen Infostand vor der Arge und zwei Diskussionsveranstaltungen mit Manfred Sohn und Marianne König auf die Beine gestellt. Die positive Resonanz in der örtlichen Presse hat dazu geführt, dass neue Gesichter aufgetaucht sind und es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Hinzu kamen mehrere Leserbriefe einzelner Mitglieder, deren Veröffentlichung uns ebenfalls mit politischen Themen in das öffentliche Bewusstsein zurück gebracht hat. Zum Internationalen Frauentag am 8. März haben wir Flugblätter zusammen mit den Genossen aus Höxter sowohl bei ihnen als auch bei uns verteilt, dazu gab es für die Frauen Rosen und kleine Brötchen, die die Forderungen auch sinnlich näher bringen sollten. Die Resonanz bei der Bevölkerung war angenehm positiv. Wir hätten weit mehr als die 100 Rosen und Brötchen verteilen können, hatten aber mit so positiver Aufnahme gar nicht gerechnet. Das größte Problem ist die geringe Mitgliederstärke des Kreisverbandes, die Aktionen fast unmöglich machen würde, wenn wir nicht die tatkräftige Unterstützung unserer Nachbarverbände genießen würden. Sowohl die Genossen aus Uslar, als auch die aus Höxter stehen uns bei allen Aktionen zur Seite, so dass wir langsam auch versuchen können, größere Ereignisse gemeinsam zu planen. So nimmt zum Beispiel die Idee Gestalt an, der Heimkehr der Afghanistan-Soldaten im Sommer und der damit verbundenen Kriegshetze der Gerberding-Stiftung eine etwas größere Aktion entgegen zu stellen, als ein Flugblatt oder einen Leserbrief. Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die Aktion „Gelbes Band“ ihren Ursprung in Holzminden, und die Gerberding-Stiftung hier in allen öffentlichen Räumen eine ungeheuerliche Präsenz hat. Sie wirbt mit großen Geldmitteln für die Auslandseinsätze der Bundeswehr, macht eine Wehrpropaganda, die ihres gleichen sucht. Die riesigen gelben Bänder mit den Solidaritätsadressen an „unsere Jungs in Afghanistan“ prägen inzwischen das Bild des öffentlichen Holzminden, ohne dass sich deutlicher Widerstand regt. Den zu artikulieren halte ich für unsere Aufgabe. Der zweite große Bereich unserer politischen Aufgaben liegt in der Agrarpolitik, besonders da es hier im Kreis bereits zwei Tierfabrik-Projekte gibt, gegen die die Bevölkerung protestiert. Hier versuchen wir neben die grüne Argumentation eine linke zu stellen, deutlich zu machen, dass Landwirtschaft und Ernährung sehr wohl linke Positionen beinhaltet. Deutlich machte das auch Marianne in ihrem Referat, für weitere Aktivitäten hat uns die LAG Landwirtschaft ihre Unterstützung zugesagt. Ebenfalls mit tatkräftiger Unterstützung des KV Höxter haben wir eine Internetpräsenz bekommen, die bis zur erneuten Einstellung der eigenen Homepage ins Netz unsere Existenz dokumentiert. Die Höxteraner haben eine eigene Holzminden-Seite auf ihre Homepage gestellt, auch hier zeigt sich wieder, dass die Solidarität der Genossen viele Probleme zu lösen in der Lage ist. Der nächste wichtige Termin war die Kreismitgliederversammlung am 2. April, an der wir mit Patrick Humke über die Kommunalpolitik sprachen. Die Entscheidung ob wir es schaffen werden, bei den kommenden Kommunalwahlen anzutreten, wurde auf den 4. Mai verschoben.

**Sabine Golczyk**

## Leserbrief zum Artikel „Neuer Rekord bei Hartz-IV-Missbrauch“

vom 20. April 2011

Waidmann´s Heil!

Offenbar ist die Jagdsaison eröffnet – die Jagd auf Hartz-IV-Berechtigte! Zumindest scheint es so, wenn man den Hetzartikel von Heinrich Thies am 20. April liest.

Während der Artikel als solches, bis auf geringfügige Änderungen, von der HAZ Hannover übernommen wurde, legen Sie bei der Überschrift gleich noch ein´s drauf. Während im Ursprung von „Immer mehr Verstößen bei Arbeitslosen“ die Rede ist, titeln Sie vom „Rekord bei Hartz-IV-Missbrauch“. Offensichtlich war Ihnen der hannoversche Titel nicht reißerisch genug.

Dabei ist der Artikel doch nun wirklich böse genug. Wahllos werden hier statistische Zahlen verwurstet ohne auch nur eine davon näher zu beleuchten. Was z.B. versteckt sich hinter einem Meldeverstoß? Was ist aus der Sicht der ARGE eine zumutbare Arbeit? Wie kann es passieren dass jemand sechsmal im Jahr sanktioniert wird? Ist so etwas überhaupt möglich?

Letzteres lässt sich ganz schnell aufklären: Mir ist ein Fall bekannt, in dem die ARGE einem Leistungsberechtigten zu viel gezahlt hat. Die Annahme des Betrages, ob in gutem Glauben oder nicht spielt hier keine Rolle, gilt als sanktionswürdig. Der Betroffene muss nun in mehreren Raten diese Summe zurückzahlen. Jede einzelne Rate ist eine Sanktion!

Ein Meldeverstoß besteht zum Beispiel dann wenn dies geschieht: Der 14jährige Sohn eines Hartz-IV-Berechtigten möchte gerne ein neues Fahrrad haben. Das Geld dafür verdient er sich mit Zeitungsaustragen. Der Vater berichtet voller Stolz seinem Sachbearbeiter davon und kassiert prompt eine Anzeige wegen Betruges. Aber nicht nur er sondern auch sein Sohn. Da beide in einer „Bezugsgemeinschaft“ leben, hätte der Vater den Nebenverdienst des Sohnes bei der ARGE angeben müssen. Das sind die „Betrüger“ über die Sie schreiben!

Und das ist auch einer der Gründe warum DIE LINKE die Sanktionen abgeschafft sehen will. Aber es ist nicht nur DIE LINKE. Bereits seit 2009 gibt es ein Bündnis von Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Gesellschaft das sich gegen diese Sanktionen engagiert. Dazu gehören außer Parteigängern der LINKEN auch solche Leute wie Heiner Geißler (CDU), der Literaturnobelpreisträger Günter Grass, der Journalist Günter Wallraff und der Kabarettist Dieter Hildebrand.

Der dumme Spruch des Abgeordneten Fuchs (CDU/CSU) wird durch ständiges Wiederholen auch nicht besser. Soll er doch einmal sagen wo der Staat Leistungsberechtigte fördert. Vor allem soll er es mal demjenigen erklären der 20, 25 oder mehr Jahre gearbeitet und in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat um dann nach einem Jahr Hartz-IV zu beziehen. Das ist keine Förderung, das ist BETRUG!

Traurig ist nur, dass sich sogenannte Journalisten dazu hergeben solche Machenschaften durch ihre Artikel wohlwollend zu begleiten.

In diesem Sinne – ein fröhliches HALALI,

Michael Huffer – Kreisverband Hildesheim

## Badeland Uslar

Erst wird das Freibad "Platt gemacht", (Damit auch im Sommer ins Hallenbad gegangen wird) dann auch noch das Grundschulschwimmbad in einer Nacht und Nebel Aktion abgerissen. Vom Rathaus bis zum Brunnen und der Zwangsverwaltung durch das Land usw..... alles was die SPD hier seit den 70ziger Jahren hier Fabriziert hat ist nur MÜLL! Heruntergewirtschaftet hat die SPD Uslar, anderes lässt sich dazu nicht sagen. Es wird Zeit das im Rathaus eine neue Politik Einzug hält die auch mal über den Tellerrand hinaus-schaut, falls das nicht schon viel zu spät dafür ist. In Uslar muß wieder für Uslar Politik gemacht werden und nicht nur für einzelne Personen, die dadurch sehr große Vorteile hatten oder noch haben werden. Man fragt sich in Uslar nur noch : Was kommt als nächstes dran?

### „So Jetzt mal Butter bei de Fische“

Wir Linken haben schon 2006 das Szenario vorausgesehen dafür gibt es Belege die aber von der Stadt und den Medien Ignoriert worden sind. Das beste Beispiel ist das Grundschulschwimmbad!

Jetzt mal ein konstruktiver Vorschlag der aber noch durchgerechnet werden müsste aber vielleicht klappen kann und wir können so das Badeland retten

Ich persönlich könnte mir vorstellen dass es funktionieren könnte wenn ich das in Gedanken überschlage.

1. Die Stadtwerke übernehmen das Badeland wieder.

2. Alle Einwohner aus dem Uslarer Land verpflichten sich den Strom von den Stadtwerken abzunehmen! (Das geht ja jetzt und soweit ich informiert bin ist ja bis heute fast nur das Stadtgebiet mit Strom aus Uslar versorgt worden.) Wenn das geschehen ist müsste das ja fast den doppelten Umsatz für die Stadtwerke bedeuten. Dann vielleicht noch freiwillig einen Cent mehr für den Uslarer Strom bezahlen und schon steht die Finanzierung. ( Ein so sagen wir mal „Badelandcent“ in Anlehnung an den Kohlepfennig)
3. Außerdem könnte auch auf dem Gelände noch ein kleiner Badensee gebaut werden wie in Schönhagen um die Attraktivität des Badelandes zu erhöhen
4. Vielleicht sollte auch die Studie von Herrn Niemeyer aus der Schublade geholt werden?
5. Die Bohrungen zur Thermalenergie für das Badeland sollten auch wieder aufgenommen werden!  
Was haltet ihr davon?

Ganz so einfach wird es wohl nicht, aber das ist ein ernstgemeinter Vorschlag Der Linken das Badeland zu erhalten.

Das sollten die Verantwortlichen mal durchrechnen vielleicht ist das ja eine Möglichkeit das Badeland zu retten, auch wenn erst mal nur im Minimalbetrieb.

Lasst euch das mal durch den Kopf gehen! Vielleicht kann das ja ein Weg sein wie wir gemeinsam das Badeland retten können?

Andreas Böhme

DIE LINKE Ortsverband Uslar Bodenfelde

## **Infos aus dem Kreisverband Göttingen**

### **Was planen wir im Wahlkampf**

#### **(Zusammenfassung Beschluss KSR 23.2.)**

Am 11.9. sind bekanntlich Kommunalwahlen. Für den Göttinger Stadtrat und die Ortsräte werden wir dazu wie bereits vor fünf Jahren in der Wählergemeinschaft GÖTTINGER LINKE antreten. Sicher ist hier eine Kandidatur für die Ortsräte Geismar und Grone. Für den Kreistag und für die Stadt- und Gemeinderäte im Kreisgebiet werden wir als Partei kandidieren. Hier ist ein Antritt in immerhin fünf Städte und Gemeinden vor allem im westlichen Kreisgebiet möglich. Dies sind Hann. Münden, Adelebsen, Bovenden, Dransfeld und Rosdorf. Kandidiert werden soll möglichst nur, wenn eine ausreichende Zahl von Kandidatinnen zur Verfügung steht. Dies soll dann bis zu den Osterferien entschieden werden. Der Wahlkampf soll für Stadt und Landkreis einheitlich geführt werden. Ein gemeinsames Wahlprogramm soll am 17.4. verabschiedet werden. Für den gleichen Tag ist die Aufstellung der Listen geplant. Über eine eigene Kandidatur zum Landrat (vgl. Presseerklärung) soll im Mai entschieden werden.

#### **Themen für den Wahlkampf sind:**

- 1) Kaputtsparen der Kommunen
- 2) Regionsbildung
- 3) Optionskommune/ Umsetzung SGBII
- 4) Schulpolitik/ IGS statt „Oberschule“
- 5) Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge

Zu diesen Themen sollen jeweils Veranstaltungen in Göttingen stattfinden. Hinzu kommen lokale Veranstaltungen in den Kandidaturen mit den Kandidaten. Eine **Großveranstaltung** mit einer prominenten Person soll dann den Wahlkampf Anfang September nochmal richtig Schwung verleihen. Wie bei der letzten Kommunalwahl soll es nach dem Willen des KSR eine vierseitige Wahlkampfzeitung geben, die möglichst flächendeckend in Göttingen und den Kandidaturgemeinden verteilt werden soll. Die verschiedenen kombinierten Personen und Themenflyer für die verschiedenen Wahlbezirke hatten sich ebenfalls beim letzten Mal bewährt. Eine zentrale Rolle werden die Infostände spielen. Ab Mai soll es wöchentlich einen gemeinsamen Stand in der Göttinger Fußgängerzone geben, nach den Sommerferien sollten es zwei sein, in der letzten Woche täglich, in den letzten 48 Stunden permanent. In den Göttinger Ortsteilen soll der Schwerpunkt auf Stadtteilzentren mit niedriger Wahlbeteiligung (z.B. Grone-Süd, Holtenser Berg) liegen.

Im Kreisgebiet soll eine Konzentration auf die Kandidaturgemeinden und Duderstadt erfolgen. Sinnvoll erscheint in den letzten fünf Wochen eine wöchentliche Präsenz, ab März eine monatliche. Eine Paarbildung (Adelebsen/ Bovenden und Dransfeld/ Rosdorf) ist sinnvoll.

## Presserklärungen Kreisverband

<http://die-linke-goettingen.de/presse/aktuell/>

### **Zeitung „Blick“ will keine Presseerklärung von der LINKEN mehr - LINKE will Presserat einschalten.**

Gerd Goebel, Redaktionsleiter der Lokalzeitung Blick und CDU-Ortsbürgermeister, hat den Kreisverband Göttingen der LINKEN in einer Email dazu aufgefordert, seiner Zeitung keine Pressemitteilungen mehr zu schicken ([siehe Email weiter unten](#)). Gerd Goebel ist CDU-Mitglied und Ortsbürgermeister des Duderstädter Stadtteiles Tiftlingerode. Die vielgelesene Wochenzeitung „Blick“ ist Teil der Göttinger Tageblatt GmbH & Co. KG, die wiederum dem Madsack-Konzert angehört und in Göttingen die einzige Lokaltageszeitung ist. Auslöser war eine Presseerklärung der LINKEN, in der diese SPD und Grüne zu einer gemeinsamen Landratskandidatur aufforderte, um die bereits nominierte CDU-Landratskandidatin zu verhindern.

**Linke wollen CDU-Landrätin verhindern.** Nähere Info's [Hier](#)

**DIE LINKE. Ortsverband Hann. Münden nimmt Stellung zu:** ["Stadt zum Rapport bestellt"](#)

## **Termine**

### **Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:**

Donnerstag, 15.30 bis 17.30 Uhr, Rotes Zentrum

### **Kreismitgliederversammlung**

**am Mittwoch, den 25. Mai 2011, 19.00 Uhr**

### **Vorschlag zur Tagesordnung:**

- 1) Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung, Festlegung der Tagesordnung
- 2) Aktuelle halbe Stunde
- 3) Berichte
- 4) Entscheidung zur Aufstellung der Wahl eines Landratskandidaten
- 5) Falls JA: Wahl eines Landratskandidat\_en/in durch die KMV
- 6) Aufgaben und Funktion des KSR
- 7) Gründung neuer Ortsverbände/ Änderung der territorialen Zuständigkeiten
- 8) Nachwahl einer Landesparteitagsdelegierten
- 9) Wahlkampf
- 10) Termine / Verschiedenes

**Zu 7:** Es ist möglich, dass in einzelnen Gemeinden wie Dransfeld und Bovenden neue Ortsverbände gegründet werden können. Bovenden soll aus der Zuständigkeit des gemeinsamen OV mit Adelebsen ausgegliedert werden.

**Zu 8:** Hier ist ein Frauenplatz zu besetzen.

## **Termine der Ortsverbände/ Basisorganisationen:**

### **OV Göttingen Mitgliederversammlung**

Montag, 9. Mai 2011, 19 Uhr, Rotes Zentrum

Montag, 6. Juni 2011, 19 Uhr, Rotes Zentrum

### **OV Hann. Münden Wahlversammlung**

Freitag, 13. Mai, 19 Uhr in der Gaststätte Zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, Hann. Münden

### **Tagesordnung**

- 6) Begrüßung, Festlegung der Tagesordnung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
- 7) Wahl der/s Versammlungsleiterin/s und der/s Schriftführerin/s
- 8) Wahl einer Wahl- und Stimmzählkommission
- 9) Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmern zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides Statt
- 10) Wahl von zwei Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
- 11) Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlvorschläge der Linkspartei zur Stadtratswahl Hann. Münden
- 12) Verschiedenes

### **OV Adelebsen Mitgliederversammlungen**

Donnerstag, 5. Mai 2011, 20 Uhr, Pizzeria da Sergio in Erbsen

Donnerstag, 2. Juni 2011, 20 Uhr, Pizzeria da Sergio in Erbsen

### **BO Rosdorf Mitgliederversammlung**

Donnerstag, 5. Mai 2011, 19 Uhr, in Rosdorf, Balkan-Grill, Maschstr. 25:

Vorbereitung des Wahlantritts zum Gemeinderat und den Ortsräten

### **Bovenden Mitgliedertreffen:**

Für Bovenden sind Mitgliedertreffen zur Vorbereitung einer Kandidatur für den Gemeinderat geplant. Termine standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Die Bovender Mitglieder werden persönlich informiert. Infos bei Oliver Preuss; Tel. 0179-7322549, E-Mail: [oliverpreuss@endoryan.de](mailto:oliverpreuss@endoryan.de).

### **Dransfeld**

#### **Öffentliches Treffen zur Vorbereitung der Kommunalwahl**

am Montag, den 9. Mai, 18 Uhr bei Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

mit Dr. Eckhard Fascher, Spitzenkandidat von DIE LINKE zur Kreistagswahl Göttingen

**Infos:** Ulrich Maschke, 05502 479074, E-Mail: [ulmasch@yahoo.de](mailto:ulmasch@yahoo.de)

## **Arbeitskreise**

### **Sozialpolitischer Arbeitskreis:**

Interessierte sind herzlich eingeladen. Ort und Termin sind bei Patrick Humke-Focks zu erfragen.

### **Ökologische Plattform:**

Termin bitte bei Eckhard Fascher erfragen

### **AG Betrieb & Gewerkschaft:**

Treffen: Mittwoch, 4. Mai 2011, 18 Uhr im DGB, Weender Landstr. 6, Göttingen

Nächstes Treffen: Mittwoch, 1. Juni 2011, 19 Uhr im DGB, Weender Landstr. 6, Göttingen

## **Veranstaltungen des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:**

### **Clubtreffen**

Donnerstag, 12. Mai, 20 Uhr im (Alten) Roten Zentrum,  
grundsätzlich monatlich jeden zweiten Donnerstag im Monat.

### **Nord/Süd-Konferenz Göttingen trifft La Paz Centro**

am Samstag/ Sonntag, den 14 und 15. Mai im Alten Rathaus Göttingen

Programm 14. Mai:

10 Uhr: Vortrag Partnerschaftsprojekt Casa de la Mujer und sein Uni-Stipendienprogramm

11.15 Uhr: Vortrag BMZ-Freiwilligendienst „Weltwärts in La Paz Centro“

14 Uhr: Workshop Gesundheit in der Entwicklungszusammenarbeit

16.30 Uhr: Workshop: Schule hier und dort im Vergleich

19.30 Uhr: Konzert Gruppe Sal in der IGS Geismar

Programm 15. Mai:

10 Uhr: Was ist gerecht? Das Weltverteilungsspiel

11 Uhr Film und Vortrag eines Weltwärts-Freiwilligen in La Paz Centro

12 Uhr Workshop Weltwärts Anspruch und Wirklichkeit

An beiden Tagen sind eine Fotoausstellung zum Freiwilligendienst in La Paz Centro und die Gemäldereihe „Ankari“ von Marcos Durand zu sehen.

**Förderer und Mitveranstalter:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Nicaragua-Verein Göttingen

## **Aus dem Rat der Stadt Göttingen**

### **11.03.2011 Rede von Thorsten Wucherpennig. GÖLINKE**

Liebe Anwesende,

in der Vergangenheit hat sich die GÖLINKE mit der Ratsmehrheit für das GVZ III ausgesprochen. Wir müssen aber nun feststellen, dass wir z. Zeit eine veränderte Lage haben. Der große Investor der noch 2008 Interesse bekundete, das weltweit agierende große Logistikunternehmen Prologis, den gibt es nicht mehr. Dieser von Oberbürgermeister Wolfgang Meyer titulierte „große Fisch“ ist nach Bad Hersfeld abgetaucht. Wir hatten in 2009 eine sogenannte Finanz- und Wirtschaftskrise, und nach dieser sei es unwahrscheinlich, einen anderen so großen Partner zu finden, sagte Herr Hoffmann von der GWG. Und wie sich die derzeitige Katastrophe in Japan auf die deutsche Wirtschaft auswirkt ist auch noch nicht abzusehen.

Macht es also Sinn, derzeit so ein Projekt weiter zu entwickeln und gibt es momentan überhaupt noch Bedarf in Göttingen?

Eben diesen Bedarf sehen wir z. Zeit nicht. Und er wird auch nicht deshalb wahrscheinlicher, indem wir große Flächen vorhalten, wie es unlängst in einer kleinen Göttinger Wochenzeitung zu lesen war. Große Flächen gibt es jetzt schon reichlich in unmittelbarer Nähe. Z.B. bietet die Gemeinde Rosdorf nur 300m weiter das Gewerbegebiet Siekanger Mitte und Ost an. Das Areal umfasst netto über 26 ha, ist also noch größer als das geplante GVZ III. Es ist schon teilerschlossen und wird seit Jahren angeboten. Trotzdem findet sich kein nennenswerter Interessent. Wie schwer große Gewerbeflächen z. Zeit zu vermarkten sind zeigt sich auch an anderer Stelle, etwa an der Area 3, in Bovenden. Dort wird auch seit mehreren Jahren, mittlerweile zu Dumpingpreisen, versucht, ein neues Gewerbegebiet potentiellen Interessenten schmackhaft zu machen, mit mäßigem Erfolg.

Und diese Gemeinden haben außer ihren erschlossenen und teilerschlossenen Flächen auch noch andere Vorteile zu bieten: z.B. den Hebesatz für Gewerbe. Er beträgt in Rosdorf 380%, in Bovenden 360% und in Göttingen aktuell 430%. Die Stadt Göttingen ragt mit ihrer Steuerbelastung also auch so schon über ihr Umland hinaus. Ein ganz gewichtiger Punkt unserer Ablehnung ist der finanzielle Aspekt. Die GWG redet heute schon von einem Minus von fast 3,3 Millionen Euro. Vor 1 1/2 Jahren sagte uns Herr Hoffmann noch ein Minus von 1,5 Millionen voraus, nachzulesen im GT vom 26.10.2009. Und dabei ist das ganz große Plus mit dem geworben wird, nämlich die Schienenanbindung, noch nicht einmal realisiert. Weitere 3,5 Millionen werden heute schon dafür veranschlagt. Wenn wir dann noch sehen, dass die Verkaufserwartungen der GWG bei 35 Euro pro qm liegen, wahrscheinlich aber nur 25 Euro zu erzielen sind, dann legen wir also noch einmal weitere 2 Millionen drauf. Wir rechnen also heute schon mit einem Minus von 9 Millionen, rechnen wir dann noch die Faktoren Zeit und Preissteigerungen etc. dazu, sind wir bei gut 10 Millionen Euro Minus. In der momentanen katastrophalen Finanzlage der Stadt, 10 Millionen Euro Wirtschaftsförderung zu leisten und den Bürgerinnen und Bürgern Arbeitsplätze zu versprechen, die noch nicht einmal sichergestellt sind, halten wir für gefährlich. Angesichts dieser aktuellen Zahlen lehnt die GÖLINKE den weiteren Ausbau des GVZ III zu diesem Zeitpunkt ab.

### **GÖLINKE. Ratsfraktion: Vorkehrungen zur Aufnahme von Flüchtlingen treffen**

#### **Pressemitteilung vom 7.4.2011**

Die Ratsfraktion der Göttinger LINKEN stellt zur Ratssitzung am 08. April 2011 einen Antrag zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten vor dem Hintergrund den immer dramatischer werdenden Zuständen in den oben genannten Ländern.

Angesichts des Flüchtlingsdramas im Mittelmeer, bei dem allein diese Woche mehr als 250 Menschen ertrunken seien, fordere die GÖLinke-Ratsfraktion die Landes- und Bundesregierung auf, Verantwortung zu übernehmen und eine aktive Flüchtlingspolitik zu betreiben. Die GÖLINKE unterstütze den Appell von PRO ASYL und medico international, Flüchtlinge aus dem Mittelmeerraum aufzunehmen.

„Wir können auch als Lokalpolitiker Zeichen setzen, wenn wir unsere Bereitschaft erklären, unseren Teil an Verantwortung zu tragen und die Voraussetzungen für die Aufnahme von Flüchtlingen vorzubereiten“, so Fraktionsvorsitzender Patrick Humke.

Mit einer Annahme des LINKEN Antrags mache der Rat der Stadt Göttingen klar, dass er nicht bereit sei, tatenlos zuzusehen, dass tausende Menschen im Zusammenhang mit Kämpfen für die Demokratisierung ihrer Gesellschaften und für soziale Gerechtigkeit ihr Leben ließen, während Außenminister Westerwelle und der niedersächsischen Innenminister Schönemann eine Politik verträten, die im Gegensatz zu den Bedürfnissen der Menschen vor Ort stünden.

Eine Abschottung Europas mit ‚Frontex‘, eine Diskriminierung der Flüchtlinge als ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ und die einseitige Förderung der Eliten dieser Länder lehnen die LINKEN ab.

„Auch unsere Welt wird nach den Revolten und Revolutionen in unmittelbarer Nähe anders aussehen. Ob sie wirklich als Vorbild für andere dienen kann, entscheidet nicht zuletzt, ob wir unseren eigenen Ansprüchen an Menschlichkeit gerecht werden“, so Humke.

## **Haushaltsrede 2011 von Patrick Humke**

[Hier als \\*.pdf aufrufen](#)

## ***Aus dem Kreistag Göttingen***

### **LINKE begrüßen Urteil des Verwaltungsgerichts zur Kindertagespflegebörse**

#### **Pressemitteilung**

Die Linksfraktion im Kreistag ist erfreut über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts, das die Kündigung des Vertrages zwischen der Kindertagespflegebörse Göttingen und dem Landkreis, durch den Landkreis für unwirksam erklärt hatte.

DIE LINKE hatte das Vorgehen der Verwaltung frühzeitig kritisiert. Das Vorgehen der Landkreisverwaltung bezüglich dieser Kündigung, sei weder politisch, noch sachlich oder gar juristisch vertretbar.

Fraktionsvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: „Die Kindertagespflegebörse ist auch für das Land Niedersachsen die Stadt Göttingen tätig ohne, dass es jeweils zu Problemen gekommen wäre. Die Entscheidung des Landkreises ist sachlich nicht nachvollziehbar. Ich freue mich jedenfalls, dass die Kindertagespflegebörse weiterhin im Kreisgebiet für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten kann.“

---

### **DIE LINKE lehnt Regionsbildung ab**

#### **Pressemitteilung**

DIE LINKE steht Plänen zur Fusion der Kreise Göttingen, Northeim, Osterode mit oder ohne Holzminden zu einer Region sehr kritisch gegenüber und lehnt ein entsprechendes Gutachten ab. Kreissprecher und Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Dr. Eckhard Fascher: „Eine Zusammenlegung der Landkreise löst kein einziges strukturelles Problem. Es ist Augenschwermerei, wenn man glaubt mit einer Zusammenlegung von Strukturen, die strukturelle Finanzarmut der Kommunen beseitigen zu können. Sinnvoller wäre es, endlich von Seiten des Landes und des Bundes den kommunalen Anteil an den Steuereinnahmen so zu erhöhen, dass diese ihre Haushalte ausgleichen und ihre Aufgaben erfüllen können, statt diese weiter kaputt zu sparen.“

Eine verfasste Region Südniedersachsen mit einer halben Mio. Einwohner wäre dann der flächenmäßig zweitgrößte Landkreis bundesweit mit mehr als dreimal so vielen Einwohnern als der etwas größere Landkreis Uckermark. Dr. Fascher: „Dies bedeutet eine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung, denn weder

für die Bürgerinnen und Bürger noch für ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker ist eine solche Region kaum zu überschauen. Wege von einer Stunde und länger von Osterode oder vielleicht auch von Holzminden nach Göttingen sind den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu zumuten.“

## **Anlage / Beiträge**

### **Atomausstieg selber machen?**

Unter dem Eindruck des Super-GAU in Fukushima stellen sich immer mehr Menschen die Frage, wie sie selbst zum Ausstieg aus der Atomtechnologie beitragen können. Da SPD und Grüne dies seit Jahren versprochen, aber in der Regierung mit den Atomkonzernen das Gegenteil ausgehandelt haben, wollen viele Betroffene nicht nur gegen die Atomkraft demonstrieren, sondern auch die Betreibermonopole durch einen Wechsel des Stromanbieters schwächen.

Von Heino Berg, Kreisverband Göttingen

Das ist gut gemeint, kann aber das gemeinsame politische Engagement für die Abschaltung aller AKWs und für die Enteignung der Atomkonzerne nicht ersetzen. Viele sogenannte Öko-Anbieter missbrauchen dieses Label nur, um ihre eigene Position auf dem Strommarkt zu verbessern. Durch den Handel mit sog. RECS-Zertifikaten können die Versorger Atomstrom als „grüne Elektrizität“ umetikettieren. Auch die Energiemonopole unterhalten Gesellschaften, die sich auf „alternative“ Formen der Stromerzeugung konzentrieren. Ihre Einnahmen fließen aber in den Gesamtkonzern, der seine ökonomische Machtposition zur Durchsetzung der menschenverachtenden Atompolitik nutzen kann. Für alle privaten Stromversorger gilt, daß ihre Geschäftspolitik an der Erzielung von Profiten und nicht an gesamtgesellschaftlichen Interessen von Mensch und Natur orientiert ist. Der einzelne Verbraucher kann das Handeln dieser privaten Anbieter kaum nachvollziehen, geschweige denn auf Dauer kontrollieren.

Hinzu kommt: Die privaten Haushalte verbrauchen nur etwa ein Drittel des Energiebedarfs. Die privaten Konzerne, die den Rest beziehen, können weiter auf Atomstrom setzen, der nur deshalb für sie „billig“ ist, weil EON, Vattenfall und Co. die Entwicklungs- und Entsorgungskosten dieser Energieerzeugung dem Steuerzahler aufgebürdet haben. Deshalb könnte ein privater Anbieterwechsel die Monopole selbst dann nicht zum Ausstieg aus der Atomenergie zwingen, wenn dies massenhaft und organisiert geschehen würde. Auch bei anderen Boykottaktionen zeigt die Erfahrung, dass eine Änderung des individuellen Konsumverhaltens allein keine dauerhaften politischen Veränderungen herbeiführen kann. Eine globale Umsteuerung von Energieversorgung und -verbrauch, die nicht nur wegen der tödlichen Gefahren der Atomenergie, sondern auch als Antwort auf den Klimawandel notwendig ist, lässt sich im Rahmen der Marktwirtschaft nicht verwirklichen, weil das eine demokratische Planung und direkten Einfluss auf die Energiewirtschaft erfordern würde.

Genau deshalb fordert „Die LINKE“ als einzige in den Parlamenten vertretene Partei in ihrem Programmentwurf die Überführung der Energieversorgung in demokratisch kontrolliertes Gemeineigentum. Nur wenn (auch) dieser Teil der Daseinsvorsorge den Profitentscheidungen einer winzigen Minderheit von Kapitalbesitzern entzogen wird, besteht überhaupt die Chance, dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung (z.B. nach Ausstieg aus der Atomenergie) endlich Geltung zu verschaffen. Leider hat die Führung der LINKEN die Bereitschaft von Hunderttausenden, gegen die Atommafia zu demonstrieren, bisher nur in Ausnahmen zur Verbreitung und Durchsetzung dieser Forderung genutzt. Dieses bisherige Schweigen sogar bei den Massendemonstrationen ist einer der Gründe, warum der individuelle Wechsel des Stromanbieters von Manchen als einzige Möglichkeit missverstanden wird, gegen die für die Atompolitik verantwortlichen Konzerne vorzugehen. Wann, wenn nicht jetzt können wir deutlich machen, dass das „Ende des Atomzeitalters“ in Fukushima auch das Ende des Kapitalismus eingeläutet hat?

### **Gerd Nier, Der Schwindel vom „Jobwunder“ und dem Aufschwung für Alle Weg mit Leiharbeit und Zeitarbeitsverträgen!**

(veröffentlicht als Leserbrief im GT am 4.3.)

Auch in Göttingen haben Arbeiterinnen und Arbeiter am Aktionstag gegen Leiharbeit ihre Solidarität mit den betroffenen Kollegen/innen bekundet. Sie fallen nicht auf das Gerede unserer Regierung vom sog. „Jobwunder“ und insbesondere den Jubelarien des Bundeswirtschaftsministers Brüderle vom Aufschwung für Alle und den Goldenen Zeiten einer Vollbeschäftigung herein. Vielmehr verweisen sie mit aller Deutlichkeit auf die Realitäten in den Betrieben, und belegen, wie schamlos mit der Not arbeitssuchender Menschen umgegangen wird.

Leiharbeit nimmt nämlich trotz des vielbeschworenen Aufschwungs immer noch und überall zu. Bundesweit dürfte die Millionengrenze bereits überschritten sein. Das ist deutlich höher als vor der Krise. Aus einer Befragung von Betriebsräten geht hervor, dass 2010 43 Prozent aller neuen Arbeitsplätze mit Leiharbeitern/innen besetzt wurden. 42 Prozent wurden mit einer zeitlichen Befristung vergeben und lediglich 15 Prozent der Arbeitsplätze haben die Unternehmer unbefristet fest vergeben. „Heuern und feuern“ wird damit immer stärker Tor und Tür geöffnet.

Aber nicht nur mit der Arbeitsplatzunsicherheit sondern auch einer deutlich schlechteren Bezahlung als ihre fest angestellten Kollegen/innen müssen die Leiharbeiter/innen leben. Für etliche reicht ihr Lohn noch nicht einmal aus, um die Lebensgrundlagen für sich und ihre Familien zu sichern. Sie sind auf lohnergänzende Transferleistungen des Staates angewiesen. Und das kostet dem Staat richtig Geld. Er betreibt damit das Geschäft der Unternehmen im Sinne einer Subventionierung derer, die ihren Beschäftigten so wenig zahlen, dass sie auf Leistungen nach Hartz-IV angewiesen sind.

Leiharbeit muss aus vielerlei Gründen gestoppt werden. Nicht nur weil viele Leiharbeiter/innen unter einem Bruttolohn von 1200 Euro liegen und damit häufig nur die Hälfte von dem verdienen, was man der Stammbesellschaft zahlt. Und auch nicht nur, weil gleicher Lohn bei gleicher Arbeit schon nach dem Gleichbehandlungs-Grundsatz des Grundgesetzes eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Nein, auch weil die Mitbestimmungsrechte und das Streikrecht ausgehöhlt werden, Menschen zur reinen Ware degradiert werden und Leiharbeitsfirmen sich an der Not der arbeitssuchenden Menschen bereichern.

Der immer stärker zunehmende Trend zu Zeitarbeitsverträgen verstärkt die Arbeitsplatzunsicherheit der Beschäftigten, nimmt ihnen die Chancen für eine vernünftige Zukunftsplanung und versucht den Keil der Entsolidarisierung in die Belegschaften zu tragen.

Die LINKE im Kreisverband Göttingen solidarisiert sich mit den Protestaktionen und den Forderungen der Kolleginnen und Kollegen in den Göttinger Betrieben. Sie steht an der Seite von Ver.di und dem DGB. Weg mit Leiharbeit, Schluss mit Zeitverträgen!

Die Frauen und Männer in den Betrieben haben ein Recht auf normale, regelgerechte und tarifgetreue Arbeitsverträge und Entlohnung. Alles andere ist sittenwidrig.

## **Zur Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen in der Linken**

### **von Heino Berg, Göttingen, Mitglied der SAV und der Partei DIE LINKE**

Für das Kommunalwahlprogramm der Göttinger Linken wurde am 17.4. von ihrer Mitgliederversammlung die Forderung nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ (BGE) diskutiert und mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Wählervereinigung tritt nur dafür ein, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Grundsicherung zu ersetzen. Auch in der Debatte über das Parteiprogramm der LINKEN spielt das BGE eine wichtige Rolle. Während der Programmentwurf eine bedarfsorientierte, sanktionsfreie Grundsicherung verlangt, wird das BGE inzwischen nicht nur von Katja Kipping und den „Emanzipatorischen Linken“, sondern mit Halina Wawzyniak auch von einer Vertreterin des Regierungsflügels der LINKEN, dem „Forum Demokratischer Sozialismus“, unterstützt.

Das BGE soll bekanntlich jedem Bürger unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage einen aus Steuern finanzierten Betrag (von 420 Euro bei Thüringens ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Dieter Althaus und in Höhe der europäischen Armutsrisikogrenze bei den „linken“ BGE-Befürwortern) ohne Gegenleistung garantieren. Es soll – nach den Vorstellungen der meisten BGE-Befürworter - alle anderen Transferbeziehungsweise Versicherungsleistungen (Arbeitslosen-, Sozialhilfe und Kindergeld) und damit das bisherige Sozialsystem ersetzen.

Die SAV spricht sich (ebenso wie die „Sozialistische Linke“ und die „Antikapitalistische Linke“ in der LINKEN) seit Jahren gegen diese Forderung aus, weil sie die notwendige Einheit der erwerbstätigen und arbeitslosen Teile

der Arbeiterklasse praktisch unmöglich macht. Das „bedingungslose Grundeinkommen“ würde staatliche Leistungen, die ja letztlich aus der Erwerbsarbeit finanziert werden, nicht nur denen, die sie benötigen, sondern auch denen zukommen lassen, die ohnehin mit der Ausbeutung der Lohnabhängigen Profite machen.

Das BGE würde wie ein universeller Kombilohn wirken und - ähnlich wie die Hartz-Gesetze – wie eine staatliche Lohnsubvention. Die Kapitalbesitzer müssten den Wert der Ware Arbeitskraft (also das, was zu deren Erhaltung notwendig ist) nicht mehr direkt in Form von Löhnen zahlen, weil die Existenzsicherung ja bereits aus Steuermitteln (und damit indirekt wiederum durch die lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung) über den Sockel des BGE finanziert werden soll. Die schreiende Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung im Kapitalismus würde durch das BGE also zu-, und nicht etwa abnehmen. Die Forderung an die Kapitalbesitzer, zu Lasten ihrer Profite einen gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen, von dem die abhängig Beschäftigten leben können, wird durch das „bedingungslose Grundeinkommen“ auch dann überflüssig gemacht und unterlaufen, wenn dessen Anhänger in der LINKEN formell an einer Mindestlohnforderung festhalten.

Die Popularität des BGE unter vielen Erwerbslosen ist eine verständliche Reaktion auf die skandalösen Schikanen, die ihnen durch die Hartz-Gesetze zugemutet werden. Denn die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe durch die bürgerlichen Parteien hat die Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen in einen staatlichen Gnadenakt verwandelt, der mit menschenunwürdigen Auflagen und Zumutbarkeitsklauseln verknüpft ist. Dagegen muss DIE LINKE die vollständige Rücknahme der Hartz-Gesetze, die Entfristung der Arbeitslosenhilfe und eine sanktionsfreie Grundsicherung, die deutlich über Almosen hinausgeht und eben zu einer wirklichen Grundsicherung reicht, verlangen, welche die übrigen Sozialleistungen nicht ersetzt, sondern ergänzt. Wer Sanktionen bei der Grundsicherung ablehnt, muss sich deshalb aber noch lange nicht für deren Auszahlungen an Personen einsetzen, die sie gar nicht benötigen!

Diese Ziele sind nicht durch die Erwerbslosen allein, sondern nur gemeinsam mit ihren (noch) beschäftigten Kolleginnen und Kollegen durchsetzbar. Dabei können sie sich auf gemeinsame Interessen stützen, denn die Hartz-Gesetze wirken wie ein Dumping-System auf das gesamte Lohngefüge. Die Enttäuschung von vielen Arbeitslosen über das Verhalten der Gewerkschaftsführung im Kampf gegen die Hartz-Gesetze, gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse darf nicht zur Flucht in Scheinlösungen führen. So wichtig es ist, für eine menschenwürdige Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder im Alter zu kämpfen: Deren Finanzierung und Zukunft ist – unabhängig vom „Modell“ dieser Grundsicherung - mit der grassierenden Massenarbeitslosigkeit und mit dem Kapitalismus in seiner historischen Krise nicht vereinbar. Letztlich sind es die Lohnabhängigen, die den gesellschaftlichen Reichtum und damit den Spielraum für sogenannte „Transferleistungen“ produzieren. Nur wenn die vorhandene Arbeit durch drastische Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich auf alle verteilt wird, die dazu in der Lage sind, können die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung verteidigt und ausgebaut werden.

Eine sanktionsfreie Grundsicherung, von der mensch leben kann, ist jedenfalls unvereinbar mit dem System der Hartz-Gesetze. Ihre vollständige Rücknahme sollte nicht nur das programmatische Ziel der LINKEN sein, sondern eine unverzichtbare Vorbedingung für jede Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Diese „Selbstverständlichkeit“ fehlt jedoch in den Minimalbedingungen, die der bisherige Programmentwurf dafür festgeschrieben hat (ganz zu schweigen vom Alternativentwurf des „Forums Demokratischer Sozialismus“ (FDS), der Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen zum Selbstzweck macht). Es ist sinnvoll, Änderungsanträge (zum Beispiel wie in Göttingen beschlossen) zu unterstützen, welche die Abschaffung dieses Schandgesetzes zu einer Voraussetzung für jede Regierungsarbeit der LINKEN machen.

## ***Achtung wir sind Umgezogen!***

### **Neue Adresse:**

Patrick Humke, MdL DIE LINKE.  
Abgeordnetenbüro Göttingen  
Lange-Geismar-Str. 2  
37073 Göttingen  
Tel. 05 51-770 80 02  
Info@patrick-humke.de